

Ablehnung verärgert den BUND

Kölner Stadt-Anzeiger 2017-11-23

Ablehnung verärgert den BUND

Kerpen/Elsdorf. Eine „Augen-zu-und-durch-Strategie“ wirft der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) RWE und dem Land Nordrhein-Westfalen vor, weil diese den Kompromissvorschlag des Kölner Verwaltungsgerichts abgelehnt hatten. Im Rechtsstreit um den Braunkohletagebau Hambach hatte das Gericht einen Vergleich vorgeschlagen, der den verbliebenen Rest des Hambacher Waldes verschont hätte, ohne die Braunkohlenförderung zum Erliegen zu bringen.

Der Vorsitzende Richter Holger Maurer habe ausgeführt, dass aus Klimaschutzgründen der Kohleausstieg unabwendbar sei, so der BUND. Daher müsse über Lösungen nachgedacht werden, um weitere Rodungen zu vermeiden. Damit könnte auch ein Beitrag zum Rechtsfrieden in der Region geleistet werden.

„Dass RWE und das Land diesen Weg gestern ohne nähere Prüfung abgelehnt haben, gefährdet leichtfertig diesen Rechtsfrieden“, sagt der stellvertretende BUND-Landesvorsitzende Thomas Krämerkämper. „Der jetzige Abbaustand bietet noch auf Jahre hinweg genug Raum, die Kohleförderung fortzusetzen, ohne den verbliebenen Rest des Hambacher Waldes anzugreifen“, meint der BUND-Braunkohlenexperte Dirk Jansen.

Angesichts der hohen Überkapazitäten auf dem Strommarkt und „vor dem Hintergrund, dass der überflüssige Braunkohlenstrom ins Ausland exportiert wird“, sei eine unveränderte Fortführung des Tagebaus „mit nichts zu rechtfertigen“. Die Versorgungssicherheit mit Strom sei nicht gefährdet. (tj)